



Das Reichsbanner

Nr. 6 Juni 1970 14. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Es geschah in Kassel!

von August Kerger

Wenn auch das Zusammentreffen mit DDR-Ministerpräsident Stoph in Kassel, wie Bundeskanzler Brandt selbst feststellte, kein unmittelbar sichtbares Ergebnis gehabt hat, so ist es dennoch von erheblicher Bedeutung gewesen.

Mit Kassel sind die Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht beendet und weitere Treffen nicht ausgeschlossen, sondern eher wahrscheinlich.

Alle Beteiligten müssen die gegenseitigen Standpunkte prüfen und feststellen, wo eine Annäherung möglich ist; eine mühselige aber lohnende Aufgabe. Wir können im Interesse unseres Volkes nur wünschen, daß solche Bemühungen in absehbarer Zeit einen Erfolg haben. Wer solche Bemühungen behindert, handelt den Interessen der Nation zuwider.

Unangenehm sind die Nebenerscheinungen, die in Kassel sichtbar wurden, und ihre bisherigen und noch zu erwartenden Auswirkungen. Extreme politische Minderheiten von rechts und links demonstrierten in Kassel mit dem Aufgebot aller Reserven. Die in Kassel nicht sichtbar gewesene überwältigende Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung hat mit diesen Extremisten, das zeigen alle Wahlen, nichts zu tun.

Dennoch:

Es ist mehr als peinlich, wenn drei junge Leute ungehindert die Flagge der DDR herunterreißen können. Wer mögen ihre Hintermänner sein?

Es ist beunruhigend, daß ein als „Wikingbündler“ bezeichneter Wirt sich drohend auf das Auto des Gastgebers und des

Gastes werfen konnte. Wer waren denn in der Weimarer Zeit die Wikingbündler?

Es ist mehr als Aufsehen erregend, wenn im Rheinland zu gleicher Zeit ein rechtsextremer Geheimbund nebst Waffenlager aufgehoben wurde, dessen Mitglieder teilweise NPD-Mitglieder und (oder) ehemalige Soldaten sind. Und von denen einer, wie es heißt, denen in Kassel „eins auswischen“ wollte.

Es ist eine Gemeinheit, wenn von einem am Mahnmal für die Opfer des Faschismus niedergelegten Kranz die Schleife abgeschnitten wurde. Kennen wir das nicht noch?

Und schließlich ist es eine Unverschämtheit, wenn verdienstvolle deutsche Politiker wegen ihrer Bemühungen um eine friedliche Verständigung und Versöhnung als „Verzichtpolitiker“ beschimpft werden. Den unverbesserlichen alten und neuen Nationalisten muß das Lästermaul gestopft werden. Wir sind gewarnt!

Wenn gute Freunde in diesen Tagen besorgt und mit entwaffnender Naivität fragen, wo denn in Kassel, oder gegenüber dem Treiben der Extremisten das Reichsbanner geblieben sei, so kann ihnen nur geantwortet werden mit der Frage, was sie denn bisher getan haben, um eine Entwicklung unseres Bundes aktiver Demokraten zu fördern. Haben sie, soweit sie in politischer Verantwortung stehen, nicht oft durch kleinliches Verhalten unsere Arbeit behindert?

Wir wollen sehen, wohin uns die Welle eines neuen Nationalismus trägt. Wer nicht will, daß Bonn Weimar wird, sollte zu uns kommen.

Wir werden für unseren Staat unsere Pflicht tun.

Zum Nachdenken

Unter diesem Titel gibt die „Hessische Landeszentrale für Politische Bildung“ (Wiesbaden, Mainzer Str. 19, Postschließfach 789) in unregelmäßiger Folge kostenlos einen ausgezeichneten Informationsdienst heraus, der dem politisch interessierten Bürger besonders lesenswerte Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften zugänglich macht und gleichzeitig eine Hilfe zur eigenen Urteilsbildung ist. In der jetzt erschienenen Folge 35 beschäftigt sich der Informationsdienst mit **Problemen der Rechtllichkeit und Demokratie in der Bundeswehr**. Wir, die wir aus staatsbürgerlicher

Verantwortung, und aus der Weimarer Zeit Lehren ziehend, uns um Verständnis und Anerkennung für die Bundeswehr bemühen, ohne zu vergessen, falls es erforderlich wird, auch kritisch hierzu Stellung zu nehmen (was wir hoffentlich, immer weniger zu tun brauchen), empfehlen diese gut lesbare Studie insbesondere auch unseren hessischen Kameraden für ihre Informations- und Diskussionsarbeit. Aus dem Vorspann geben wir auszugsweise einige Ausführungen wieder, um zu zeigen mit welchem Ernst und mit welcher Verantwortung hier an die Probleme herangegangen wird:

„Der Jahresbericht 1969 des Wehrbeauftragten, in der Verfassung verankertes Hilfsorgan des Parlaments zur Kontrolle im Verteidigungsbereich, wurde am 11. März 1970 erstmalig von ihm selbst im Bundestag begründet.

Der Wehrbeauftragte müßte, wenn es ihn nicht gäbe, erfunden werden. Das Amt des Wehrbeauftragten, ursprünglich parlamentarisch umstritten und von Mißtrauen umgeben, genießt heute das Vertrauen der Öffentlichkeit, Parlament, Regierung und Bundeswehr. Der gegenwärtige Verteidigungsminister hält die Institution des Wehrbeauftragten für schlechthin unverzichtbar. Wir auch. Die seinem Jahresbericht 1969 entnommenen 22 Beispiele eines Negativkatalogs von Beschwerden, Fehlern und Unzulänglichkeiten beweisen es.

Zwei vom Verteidigungsminister in der Debatte im Bundestag am 11. März vorgetragene Aspekte verdienen es, zumal sie den Beifall aller Abgeordneten fanden, im Wortlaut zitiert zu werden: „Ich möchte nämlich sagen, daß es unserer Gesellschaft wohl kaum einen institutionalisierten Bereich gibt, für den so wie für die Bundeswehr von Staats wegen jedes Jahr eine Statistik der Beschwerden, der eigenen Fehler, der Führungsfehler und all dergleichen auf den Tisch des Hauses gelegt wird . . .“

„Stellen Sie sich bitte einmal vor, welch enormer Segen an sozialer Frühwarnung — ich greife Ihren Ausdruck auf, Herr Hoogen, der wohl aus einem soziologischen Begriffsbereich stammt — für die deutsche Gesellschaft, auch fürs Parlament, gegeben gewesen wäre, wenn wir einen Beauftragten des Parlaments mit zeitigen Berichten über die Situation an den deutschen Universitäten in den letzten 15 Jahren gehabt hätten oder wenn wir einen ähnlichen Beauftragten für die deutschen Gymnasien oder

die Universitätskliniken gehabt hätten, wo sich heute ja auch einiges zeigt! . . . Ich sage das nur, damit die mit Recht hervorgehobenen kritischen Punkte des Wehrbeauftragten im Vergleich zu anderen Institutionen in der richtigen Perspektive gesehen werden . . .“

Diesen Zitaten über die Bedeutung des Wehrbeauftragten ist nichts hinzuzufügen.

Ausweislich des Berichtes des Wehrbeauftragten Hoogen wandten sich im letzten Jahr 1,3% aller Mannschaften, 1,7% aller Unteroffiziere und 1,2% aller Offiziere an ihn. Diese Zahlen beweisen, daß im Gegensatz zu zurückliegenden Jahren nunmehr auch der Vorgesetzte die gesetzliche Möglichkeit ergreift, sich unmittelbar unter Umgehung des Dienstweges an den Wehrbeauftragten zu wenden.

Die soldatische Existenz in demokratischen Staaten ist gekennzeichnet durch besondere Spannungen und Konflikte. Sie entstehen aus der Kollision zwischen dem Freiheitsanspruch des einzelnen und den Bedingungen, die Befehl und Gehorsam in einer notwendigerweise hierarchischen Organisation setzen. Wir kennen und würdigen diese Eigengesetzlichkeit. Wir verstehen Problematik und Schwierigkeiten, die sich aus der zu erstrebenden Balance zwischen besonderem Gewaltverhältnis und der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte einerseits und dem verfassungsrechtlich gesicherten Freiheitsrecht des Soldaten andererseits ergeben. . . .“

Es folgen dann in der eigentlichen Studie 22 Beispiele aus der Praxis und ein Nachwort: „Zum Selbstverständnis des Amtes des Wehrbeauftragten.“

Gelesen, zitiert und kommentiert

Mit einem jährlichen Aufwand von 650 Milliarden Mark ist die Welt dabei, ihr Zerstörungspotential einsatzbereit zu halten und weiterzuentwickeln.

Nur ein Bruchteil davon wird dafür ausgegeben, das Problem menschlicher Aggression und die Frage zu untersuchen, warum Menschen Kriege führen und wie bewaffnete Konflikte einzudämmen sind.

(Text eines Plakates gegen Krieg und Diktatur (von W. S. Aldenhoff)

Verrat oder Opfer? Streit um Oder-Neiße

In der ausgezeichneten evangelischen Jugendzeitschrift „Junge Stimme“ v. 23. 5. 1970 lesen wir einen Beitrag, den wir nachstehend wegen seiner Aktualität ungekürzt wiedergeben:

„Sudetenland bleibt deutsches Land — trotz des Verrats von Willy Brandt.“ So war es auf einem Transparent beim Sudetendeutschen Tag zu lesen. Und mancher beamtete Vertriebene auf den anderen Pfingsttreffen hätte sicher wahlweise „Wartheland“ oder „Schlesierland“ eingesetzt. Die Richtung des verleumderischen Slogans stimmt . . .

Jeder will Frieden, Aussöhnung, Partnerschaft — in Grundsatz-erklärungen. Aber bei genauerem Zusehen heißt das für die Funk-

tionäre der Vertriebenen nichts anderes als: Frieden erst nach dem Ende des Kommunismus, Aussöhnung und Partnerschaft nur mit einem nicht-sozialistischen Osteuropa! Und das ist genau das Gegenteil der Realitäten, die von den Vertriebenenorganisationen meist in einer romantisch verklärten Vergangenheit und in den schrecklichen Ereignissen der Vertreibung gesehen werden, in Wirklichkeit aber im Jahre 1970 an den tatsächlichen Grenzpfählen angesiedelt sind.

Als ob das Elend jener Jahre nicht schon groß genug wäre! Als ob Leid und Verbrechen, wie sie damals an Deutschen, aber vorher eben auch **durch** Deutsche, verübt wurden, jemals durch stetes Bohren in den Wunden behoben wären! Es scheint auch, daß mehr Bewohner der Bundesrepublik dies einsähen. Der „Stern“ nannte Zahlen aus einer demoskopischen Untersuchung, nach der 69 Prozent der Bundesbürger den Polen Heimatrecht in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße zugestehen, und zwar auch 61 Prozent der Vertriebenen. Und Vertreter der kirchlichen Vertriebenenarbeit haben sich in einem Memorandum bereit erklärt, „alle Wege friedlicher Entwicklung zu gehen“, „selbst wenn diese Wege mit Opfern verbunden sind“.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wie sie die Bundesregierung mit einem formellen Hinweis auf andere bestehende Verträge anzusteuern scheint, ohne je an dieser Grenze mehr rütteln zu wollen, wäre ein solches, für viele gewiß nicht leichtes Opfer. Soll die Marschmusik von manipulierten Vertriebenen-treffen nüchterne, friedensfördernde Politik verhindern?

Herbert Glossner

Bundeswehr positiv

In dem vom Präsidium des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr herausgegebenen kritischen Wehrmagazin „loyal“ nimmt ein Major Rudolf Böck aus Donauwörth in Nr. 4 1970 zum Problem der „Inneren Führung“ Stellung.

„Der Konflikt zwischen Traditionalisten und „Modernen“ in der Bundeswehr hat bei dem Streit um die „Innere Führung“ gezeigt, daß Versuche im Gange sind — nicht selten mit der Forderung nach mehr Effektivität begründet —, jenes nationalistisch-militaristische Weltbild zu restaurieren, das Armee und Staat bereits zweimal in politischer, moralischer und militärischer

Hinsicht in eine katastrophale Lage geführt hat. Meist wird dabei mit dem Argument gearbeitet, die Grundsätze der „Inneren Führung“ seien absolut nichts Neues, sie seien in der Wehrmacht längst bekannt gewesen. Was immer die Gründe für eine solche Zweckbehauptung sein mögen, sie halten einer Nachprüfung im Sinne einer historisch-politischen Rechenschaftslegung nicht stand...“

Wir freuen uns über diese positive Stimme eines Offiziers. Sie führt die Auffassungen ad absurdum, wie sie etwa der journalistische „Wehrexperte“ von Studnitz vertritt und bestätigt die Auffassungen des Grafen von Baudissin, des Leutnants Uthemann von der Gruppe „Leutnante 70“ und einer immer größer werdenden Zahl von Bundeswehrführungskräften.

Briefkasten

W. B. Hamburg Ja, bisher ist unwidersprochen geblieben, daß ein Funktionär einer großen demokratischen Partei Druckaufträge der NPD entgegennahm. Das ist keine Bagatelle, sondern ein schlimmes Ärgernis. „Geld stinkt nicht“ wird der gute Mann gedacht haben. Ein gegen ihn angekündigtes Ordnungsverfahren seiner Partei, wird hoffentlich selbstverständliche Konsequenzen nach sich ziehen.

B. L. München Daß so angesehene Politiker, wie der SPD-Landesvorsitzende Volkmar Gabert (selbst Sudetendeutscher) und der Münchner Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel unter Protest das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landmannschaft verlassen haben, gereicht ihnen zur Ehre. Wenn endlich einmal die noch immer außerordentlich hohen direkten oder indirekten Dotationen für gewisse Verbände und Zeitschriften (auf Kosten der Steuerzahler) eingestellt oder reduziert würden, hätten einige

nationalistische Schaumschläger recht schnell die Basis für ihr Tun verloren. Dafür würden, wie wir wissen, auch viele Vertriebene dankbar sein.

H. B. Bonn Wir haben es schon einmal gesagt, daß wir es nicht für tunlich halten, wenn Bundeswehrangehörige in Dienstkleidung bei exklusiven Reitturnierveranstaltungen als Arbeitskräfte eingesetzt sind. Das hängt wohl mit gewissen „Traditionen“ zusammen, die erst mit der Zeit verschwinden werden. Wenn Vereinsmitglieder sich für „gewöhnliche“ Dienstleistungen zu gut finden, sollen sie zivile Arbeitskräfte, gegen ordentliche Bezahlung in Anspruch nehmen. Wohlverstanden, wir haben nichts gegen den Reitsport.

P. T. Berlin Die Gefangenenbefreiung in Berlin ist keine Soldatenarbeit sondern ein Akt der Kriminalität, der zu sühnen und schärfstens zu verurteilen ist. Solche anarchistischen Untaten stärken nur die Argumente jener Reaktionäre, die zwar (siehe Kassel) selbst im Glaskasten sitzen, aber begierig auf solche Schandtaten warten, umso ungestörter ihr dubioses Treiben fortsetzen zu können. Wir haben alle Veranlassung, wachsam zu sein.

Berichte des Bundesvorstandes und seiner Untergliederungen

Hessen

Frankfurt — Die Gemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten Landesverband Nordrhein-Westfalen veranstaltete in der Zeit vom 25. bis 28. März 1970 in Dortmund ein „Europäisches Treffen sozialdemokratischer Widerstandskämpfer“ aus Anlaß der Karfreitagsmorde im Rombergpark in Dortmund vor 25 Jahren. Die Veranstaltungen fanden in der Westfalenhalle und in der Bittermark statt. Zu diesem Treffen war auch eine Delegation sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, die dem Reichsbanner angehörten, aus dem Ortsverein Frankfurt eingeladen worden, die mit den alten Reichsbannerfahnen erschienen war. Die Fahnen schmückten die Empore und die Bühne des Goldsaales der Westfalenhalle, zur Freude aller Teilnehmer. Am Karfreitag fand am Ehrenmal in der Bittermark unter Anwesenheit von Vertretern des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Dortmund eine Gedenkstunde statt, bei der über 12 000 Teilnehmer der 300 gemordeten Widerstandskämpfer gedachten. Bundesminister Egon Franke, selbst ehem. politisch Verfolgter, ermahnte die Zuhörer, diese Morde an Deutschen und Ausländern nicht zu vergessen; es war eine sehr eindrucksvolle Ansprache. Auch hier waren die Reichsbannerabordnungen mit den alten Fahnen und Fahnenabordnungen der ausländischen Delegationen, darunter solche des ehem. Österreichischen Schutzbundes, anwesend.

An der Gedenkfeier anläßlich des 25. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslagerhäftlinge am 7. Mai 1970 in der Frankfurter Paulskirche, während des V. Kongresses des Europäischen Parlaments der „Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e. V.“ nahmen die Frankfurter Kameraden und der zu gleicher Zeit tagende Bundesvorstand des Reichsbanners teil. Auch hierschmückten die Fahnen des Freiheitsbundes Berlin und der Ortsvereine Frankfurt und Hamburg unseres Bundes die Tagungsstätte. Wie in Dortmund sprach auch hier wieder Bundesminister Egon Franke, dazu der Widerstandskämpfer Generalmajor Albert Guérisse aus Brüssel.

Bei der Trauerfeier am 12. Mai 1970 in der Paulskirche in Frankfurt für unseren für immer von uns gegangenen Freund, Oberbürgermeister Professor Willi Brundert, erwähnte Bundeskanzler Willy Brandt, daß der Verstorbene schon vor 1933 im aktiven Kampf für die Republik gestanden habe, ohne allerdings zu sagen, daß dies in den Reihen des Reichsbanners geschah. Oberbürgermeister Brundert war bis 1933 Mitglied unseres Bundes, und unsere Kameraden ließen es sich nicht nehmen, ihrem verlässlichen Freund, der seine großartige Haltung uns gegenüber auch auf der 1. Bundeskonferenz nach dem Kriege in Frankfurt gezeigt hatte, mit einer Fahnenabordnung auf dem Wege zur letzten Ruhe durch die Stadt zu begleiten. Wir werden das Andenken unseres Freundes Brundert stets in hohen Ehren halten. Leider — und es soll hier einmal gesagt werden, — wollen viele

im öffentlichen Leben Stehende, die es wissen müßten, nichts mehr von den gewaltigen Opfern hören, die bis 1933 von den hinter unseren schwarzrotgoldenen Fahnen und für die Republik marschierenden Kameraden gebracht worden sind; Gefängnis, Zuchthaus, Konzentrationslager, Not und Entbehrung und auch der Tod waren oft der bittere Preis, der gezahlt werden mußte.
(Christian Weiß)

Nordrhein-Westfalen

In den Ortsvereinen Leverkusen und Bonn wurden in den letzten Wochen erstmalig Filmveranstaltungen durchgeführt. Es wurden sehr interessante Kurztonfilme über die Geschichte der Weimarer Republik gezeigt, die von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen kostenlos zur Verfügung gestellt waren. Die Fortführung dieser politischen Bildungs- und Informationsarbeit wurde von allen Kameraden für sehr wichtig und nützlich angesehen.

Der Ortsverein Bonn führte zusammen mit der Bonner Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten unter sehr guter Beteiligung eine Omnibusfahrt — als gesellige Veranstaltung — zum Heim der Arbeiterwohlfaht nach Lanzerath in der Voreifel durch.

In der Jahreshauptversammlung des Bonner Ortsverein war nach den Jahresberichten, erstattet von den Kameraden Kerger und Prangenberg, das Hauptthema eine Diskussion über die Möglichkeiten einer weiteren Ausbreitung der Organisation und der Mitgliederwerbung. Erfreulich waren die Feststellungen über die guten Kassenverhältnisse und die pünktliche Beitragszahlung. Die Neuwahl des Vorstandes, der im vergangenen Jahr auf zwei Jahre gewählt war, ist erst im nächsten Jahr fällig. Als Neuregelung wurde beschlossen, neben den vorgesehenen Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen offene Vorstandssitzungen durchzuführen, an denen interessierte Kameraden des Ortsvereins als Gäste regelmäßig teilnehmen können. Für den erweiterten Landesvorstand fand eine kleine Arbeitskonferenz in Krefeld statt. Zur Vereinfachung der organisatorischen Arbeit und zum Zwecke einer besseren Informationsmöglichkeit wird eine zentrale Mitgliederkartei des Landesverbandes beim Kameraden Kerger in Bonn angelegt.

Einzelmitglieder, die keinem Ortsverein angehören und Schwierigkeiten mit der regelmäßigen Beitragszahlung haben, können Beiträge zahlen beim Kameraden Adolf Prangenberg, 53 Bonn-1, Flensburger Str. 68, Girokonto 76422 Städtische Sparkasse Bonn (w. Reichsbanner). Die Beitragsmarken werden nach Eingang der Zahlungen zugeschickt. Über weitere Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen wird wegen Platzmangels erst in der nächsten Nummer berichtet.

Berlin

Am 28. April 1970 hielt der **Freiheitsbund Berlin e. V.** eine Landesdelegiertentagung ab, aus deren Tagesordnung als wichtigster Punkt die Neuwahl des Landesvorstandes herausragte.

Vorweg ist zu sagen, daß die Tagung einen sehr harmonischen Verlauf nahm und neben mancher offenen und ehrlichen Kritik getragen war von dem Willen aller Delegierter, sachlich und konstruktiv an der Arbeit des Freiheitsbundes teilzunehmen und sein Wirken innerhalb unseres demokratischen Staatsgefüges zu festigen und auszubauen.

Basis für die lebhaftige Aussprache war der Bericht des 1. Vorsitzenden, des Kameraden Franz Meyer, der zu Beginn seiner Ausführungen zunächst der 98 Kameraden gedachte, die seit der letzten Hauptversammlung durch den Tod dem FB entrisen wurden. Stellvertretend für alle nannte er die Namen der Kameraden Walter Borchert, Jupp Braun, Wilhelm Bredno, Walter Brei, Georg Jud, Kurt Koeppen, Bruno Maerten, Arno Magritz, Bernhard Rost, Reinhold Schuffert und Hans Wellmann.

Ihrer aller ehrend zu gedenken und ihre Arbeit fortzusetzen bleibt Verpflichtung des FB.

Kamerad Meyer stellte dann in überzeugender und aus der Kenntnis der Entwicklung kommenden, so sachlichen aber auch

kritischen Art den Werdegang und die Arbeit des Freiheitsbundes dar. Er konnte mit Stolz darauf hinweisen, daß ein großer Teil der versammelten Delegierten als alte Reichsbannerkameraden bereits kurz nach Kriegsende begann, die ehemaligen Kräfte des demokratischen Staates zu sammeln, und daß sie bereits damals als „Berliner Bären“, dem Vorläufer des heutigen Freiheitsbundes, bemüht waren, außerhalb der politischen Parteien, der Gewerkschaften und anderen Institutionen, nach ihren Ideen eine organisatorische Grundlage zu bilden für die Festigung unserer neuen Demokratie und für Erhaltung der durch die Demokratie garantierten Freiheit.

Für diese Ideale auch die Jugend zu gewinnen, ist nach wie vor eines der Ziele der Arbeit des Freiheitsbundes. Hier mußte Kamerad Meyer auf die Schwierigkeiten hinweisen, die sicher nicht nur in Berlin, sondern in der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus überall in der Welt als sogenanntes Generationenproblem auftauchen. Hier in Berlin, wie anderswo in Deutschland, wächst die erste unbelastete deutsche Generation heran, die auf ihre Weise versuchen will, die gesellschaftliche Form ihren Bedürfnissen anzupassen und die nicht gewillt ist, die Erfahrungen der älteren Generationen — die nach ihrer Meinung zu schlechte Beispiele zeigten — zu akzeptieren. Hier gilt es, neben dem Willen, die Jugend zu verstehen, auch die Geduld aufzubringen, sie durch Diskussionen und Erörterung der bei ihnen anstehenden Probleme zum demokratischen Denken zu bringen, und sie vor anarchistischen und nihilistischen Einflüssen kleiner Minderheiten zu bewahren.

Das vom Freiheitsbund an der Havel betriebene Zeltlager bildet eine Gemeinschaft, die gerade der Jugend im FB eine Form kameradschaftlichen Beisammenseins vermittelt. Diese Einrichtung wird auch weiterhin besonderer Förderung bedürfen.

Kamerad Meyer wies in seinen Ausführungen auf die Schwierigkeiten hin, die dem FB in Berlin unter den besonderen Verhältnissen, unter denen die Stadt zu leben hat, auferlegt sind; er kam jedoch zu dem Schluß, daß der FB als Organisation gerade in dieser Stadt weiterhin gebraucht wird. Hier muß sich vor allem auch die Aufmerksamkeit gegen die rechtsradikalen Kreise und Umtriebe verstärken.

Sein Vorschlag, im Landesauschuß eine Kommission einzusetzen, die detaillierte Vorschläge für die Aktivierung und Intensivierung der Arbeit des FB ausarbeiten sollte, wurde mit großem Beifall bejaht. Er unterstrich dabei die Verbindung zur Organisation des Reichsbanners im Bundesgebiet, dem er ebenfalls, begleitet vom Beifall der Delegierten, die kameradschaftlichen Grüße des Berliner Freiheitsbundes entbot. Gleichzeitig sprach er allen Berliner Kameraden seinen Dank für die in der vergangenen Zeit geleistete Arbeit aus. Dieser Dank gelte vor allem auch dem Mann, der lange Zeit hindurch als 2. Vorsitzender fungierte und dem der FB viel zu verdanken hat, dem Kameraden Ernst Carlbergh, der vor einiger Zeit aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion abgeben mußte.

Die anschließenden Wahlen bestätigten das Vertrauen, das der Landesvorstand bisher bei den Kameraden genoß. Mit nur wenigen Gegenstimmen bei allen Funktionen wurde zum 1. Vorsitzenden der

Kamerad Franz Meyer

wiedergewählt, der bisher kommissarisch tätige 2. Vorsitzende, Richard Beck, wurde in seinem Amt bestätigt, und auch der Kassierer, der zugleich die Funktion des Geschäftsführers ausübt, der Kamerad Ewald Köppen, wurde fast einstimmig erneut in diese Funktion berufen. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden mit dem gleichen Stimmenverhältnis wiedergewählt.

Zum Abschluß der Tagung wurde noch ein Antrag auf Beitragserhöhung angenommen. Danach beträgt der Mindestbeitrag **DM 1,30** ab 1. Juli 1970.
— Br. —

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 6 — Juni 1970 — 14. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstr. 17 II, Tel. (02221) 229715

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach am Main.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.